

Bürgermeister Meisenberg fragt die Fraktionen nach ihrem Meinungsbild.

RM Kronenberg teilt für die CDU-Fraktion mit, dass diese die Einrichtung als eine wichtige Partizipation für Jugendliche betrachte, aber vor dem Hintergrund der personellen Situation der Verwaltung und dem Vorliegen von zwei neuen Ausschüssen, eine Umsetzung in Moment nicht unterstützen könne. Sie werden daher zunächst gegen diese Einrichtung stimmen.

RM Rittel führt für die FDP-Fraktion aus, dass die Einrichtung bereits vor Jahren daran gescheitert sei, dass man keine interessierten und engagierten Personen dafür gefunden habe. Die Verwaltung kann in der derzeit dünnen Personallage, besonders in Zeiten Corona, kein zusätzliches Konzept ausarbeiten. Zudem habe die Gesamtschule nur 40 % Marienheider Schüler. Er rät, eine Abfrage nach dem Interesse in der Gesamtschule durchzuführen und diesen Antrag zu vertagen. Seine Fraktion wird heute gegen diesen Antrag stimmen.

Die UWG- und Bündnis 90/Die Grünen-Fraktionen stimmen dem SPD Antrag zu.

Bürgermeister Meisenberg beurteilt den vorliegenden Antrag als guten und legitimen Antrag, verweist allerdings darauf, dass die Verwaltung für die Betreuung und Einrichtung eines Jugendparlaments derzeit kein Personal habe. Hierfür müsste zusätzlich mindestens eine Halbtagsstelle bewilligt werden.

RM Kramer erläutert zum vorliegenden Antrag, dass nicht nur Schüler der Gesamtschule, sondern auch Jugendliche aus den Vereinen herangezogen werden sollen.

Der Zeitrahmen für die Ausarbeitung eines Konzeptes sei nicht festgelegt, solle aber doch im nächsten Jahr umgesetzt werden. Der Antrag sei ihnen wichtig und würde nicht zurückgenommen.

Als Kompromissvorschlag schlägt Bürgermeister Meisenberg eine Vorberatung im zuständigen Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales vor. Des Weiteren sollte man versuchen, hierfür evtl. Ehrenamtler*innen zu gewinnen.

RM Maurer erwähnt in diesem Zusammenhang § 27 der Gemeindeordnung und legt dar, dass der Rat gewählt sei, um etwas für die Gemeinde zu erreichen. Auch für eine gute personelle Ausstattung müsse der Rat Sorge tragen. Man sollte kurzfristig Gespräche mit der Gesamtschule führen und die Beratung in den ABSS verweisen, um eine zeitnahe Entscheidung zu treffen.

RM Fuchs schlägt als Kompromiss vor, den Antrag in den Haushaltsberatungen mit einzubinden, um auch die personellen Fragen und Kosten zu klären. Des Weiteren regt er ebenfalls eine Vorberatung im ABSS an.

Mit dieser Vorgehensweise erklärt sich die antragstellende SPD-Fraktion einverstanden.